



Kürzung der Tierheimförderung in Mecklenburg-Vorpommern verhindern

Solidarität mit den Tierschutzvereinen und Tierheimen in Mecklenburg-Vorpommern

Potsdam, 09. September 2017

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes e.V. betont ausdrücklich, dass die finanzielle Förderung der Tierheime bei Investitionen eine zentrale Säule des karitativen Tierschutzes in den Bundesländern ist. Sie sagt dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und seinen Mitgliedsvereinen seine Solidarität im Kampf gegen die drohende Kürzung der Tierheimförderung durch die Landesregierung zu.

Aus dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2018/2019 geht hervor, dass die Förderung der Tierschutzvereine und Tierheime in Mecklenburg-Vorpommern künftig neu aufgestellt werden soll. Dabei sollen die Mittel für Katzenkastrationen ab 2018 komplett wegfallen. Beim Investitionstopf (Förderung der Einrichtung und des Ausbaus von Tierheimen und ähnlicher Einrichtungen) sollen künftig 50 Prozent der Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt geleistet und weitere 50 Prozent seitens der zuständigen Kommunen bereitgestellt werden. Damit wäre die Förderung mit 100 Prozent höher als bisher mit 90 Prozent plus 10 Prozent Eigenanteil.

Angesichts der Erfahrung im Umgang mit den Kommunen und ihren Spitzenverbänden ist jedoch davon auszugehen, dass bei dieser Regelung eine Kürzung der Förderung durch die Hintertür geplant ist. Die Kommunen sind rechtlich nicht verpflichtet, ihren finanziellen Anteil zu leisten. Somit besteht für die Tierschutzvereine keinerlei Rechtssicherheit. Es ist daher zwingend notwendig, dass die Landesregierung vertraglich zusichert, die Förderung in vollem Umfang – auch und gerade seitens der Kommunen – zu garantieren.

Sollten sich die Kommunen weigern, ihren Anteil an der Förderung zuzusagen, wäre die Folge eine Kürzung der Mittel von bisher 90 auf dann nur noch 50 Prozent, welche die Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes e.V. in keiner Weise tolerieren wird. Eine Kürzung der Fördermittel wäre fatal für die Aktiven in den Tierschutzvereinen, die täglich aus Tierliebe und Überzeugung dafür sorgen, dass der karitative Tierschutz in Mecklenburg-Vorpommern noch funktioniert.

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes e.V. appelliert daher dringend an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern:

**Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig, sehr geehrter Herr Minister Dr. Backhaus, sorgen Sie dafür, dass die Tierschutzvereine und ihre Tierheime ihre so wichtige Arbeit nicht einstellen müssen, sondern garantieren Sie die Fortführung der Tierheimförderung unverzüglich und in voller Höhe!
Jede Kürzung ist ein Schlag ins Gesicht des Ehrenamtes.**

Die Mitgliederversammlung fordert zudem alle Landesregierungen auf, die bestehenden Förderprogramme in den Bundesländern zu erhalten bzw. den finanziellen Notwendigkeiten entsprechend zu erhöhen und in den Bundesländern, in denen noch keine Förderungen bestehen, diese schnellstmöglich zu etablieren.